

II- 4648 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

## XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr 2295/1

1979 -01- 24

Dringliche Anfrage

der Abgeordneten Dr. MOCK  
und Genossen  
an den Bundeskanzler  
betrifft Arbeitsplatzschwierigkeiten im Bereich der  
Vereinigten Edelstahlwerke

Im "Mittelfristigen Investitions- und Finanzierungskonzept 1978 - 1982" des VÖEST-Alpine-Konzerns vom Dezember 1977 heißt es unter anderem wörtlich: "Der in den letzten drei Jahren beschrittene Weg der finanziellen Auszehrung hat nun zu Finanzierungsrelationen geführt, die keine weiteren Belastungen mehr zulassen, ohne daß die Unternehmungen in schwere finanzielle Existenzkrisen geraten. Die bislang erfolgte Wahrnehmung übergeordneter Aufgaben im Rahmen der österreichischen Volkswirtschaft kann unter diesen Umständen nicht mehr aufrechterhalten werden. Die Dringlichkeit der Eigenmittelzuführung ist damit schon aus dem eingetretenen Substanzverlust wohl mehr als erwiesen."

Dies ist das Ergebnis der Verstaatlichtenpolitik der sozialistischen Bundesregierung, die im Gegensatz zur früheren ÖVP-Alleinregierung der Verstaatlichten Industrie auch in außerordentlichen Situationen keine Budgetmittel zur Verfügung gestellt hat.

Besonders fatal wirkt sich die sozialistische Politik auf die Vereinigten Edelstahlwerke aus. Diese wiesen 1975 einen ordentlichen Verlust von 162 Millionen Schilling, 1976 von 446 Millionen Schilling, 1977 von 445 Millionen Schilling und - laut Zeitungsmeldungen - im vergangenen Jahr zwischen 800 Millionen Schilling und 1 Milliarde Schilling auf.

- 2 -

Während es bis 1977 noch gelang, durch Rücklagenauflösungen die Verluste in erträglichen Grenzen zu halten, sind nunmehr auch die letzten Reserven aufgezehrt.

Erste sichtbare Folge dieser Situation waren Anfang 1978 ein Aufnahmestop, unbezahlter Urlaub, Streichung der Überstunden und somit Einkommenseinbußen der Belegschaft von etwa 4 %.

Wie sich nunmehr herausstellt, hat dieses Opfer der Belegschaft nicht ausgereicht, den Betrieb wieder in die schwarzen Zahlen zu führen. Neuerlich sind Zwangsurlaub, Entlassungen, Betriebsstilllegungen und Einschränkungen von Sozialleistungen im Gespräch.

Laut "Profil" vom 9. Jänner 1979 stehen bei den VEW derzeit folgende Einschränkungen zur Diskussion:

- "- Die Arbeiter sollen eine unbezahlte Schicht und die Angestellten einen unbezahlten Arbeitstag pro Monat leisten.  
Das läuft auf eine Entlohnungsminderung um rund fünf Prozent hinaus.
- Der freiwillige Sozialaufwand soll von 400 auf 230 Mio S jährlich reduziert werden.
- Die Überstunden dürfen nicht über das Volumen von 1978 steigen.
- Der Aufnahmestop bleibt zunächst bis Mitte 1979 aufrecht.
- Mitarbeiter, 'die auch jetzt den Ernst der Situation offensichtlich noch immer nicht verstanden haben', sollen gekündigt werden."

Nachdem im VÖEST-Alpine-Konzern laut "Kronenzeitung" vom 14. Juli 1978 die Zahl der Beschäftigten "um mehr als 4.200"

- 3 -

seit 1975 zurückgegangen ist, drohen nunmehr durch die angekündigte Stillegung von Werken der VEW in Judenburg außerdem Massenentlassungen von mehr als 1000 Personen.

Neben der geringen Eigenmittelausstattung sind vor allem die versäumte Strukturpolitik, die Belastungspolitik sowie die übertriebene Hartwährungspolitik der Bundesregierung wesentliche Ursachen für die kritische Lage der Vereinigten Edelstahlwerke.

Zu letzterem stellte der Generaldirektor der VEW laut "Abendjournal" vom 6. Juli 1978 wörtlich fest: "Ich würde sagen, daß das Wechselkursproblem für uns als besonders exportorientiertes Unternehmen überhaupt das Problem Nummer 1 ist. Wir haben uns errechnet, daß die Wechselkurse mit Stichtag 1. 1. 1976 bei Gleichbleiben dieser Wechselkurse wir allein im Jahre 1977 einen Mehrerlös von 517 Mio. S gehabt hätten. Das heißt, wenn die Wechselkurse im Jahr 1976 und 1977 gegenüber dem österreichischen Schilling gleichgeblieben wären, hätten wir im vergangenen Jahr keinen Verlust, sondern einen beträchtlichen Gewinn erzielt."

Während die Österreichische Volkspartei im vergangenen Herbst anlässlich einer Verstaatlichten-Enquete verlangt hat, daß der ÖIAG 5 Jahre hindurch jährlich 100 bis 200 Mio. S an Budgetmitteln zur Grundkapitalerhöhung zugeführt werden soll, um die kritische Situation der verstaatlichten Stahlindustrie zu verbessern und dadurch zumindest die derzeitigen Arbeitsplätze zu sichern, heißt es in der "Presse" vom 13. September 1978 wörtlich: "Die österreichische Verstaatlichte Industrie wird keine Finanzhilfe des Bundes erhalten, jedoch hoffnungslos defizitäre Betriebe schließen dürfen. Die Vollbeschäftigungspolitik dürfte 'nicht jene Grenze überschreiten, wo Betriebe ins

- 4 -

Mark getroffen werden', erklärte Bundeskanzler Kreisky gestern, Dienstag, im Gespräch mit der 'Presse'. Arbeitsmarktpolitisch ließen sich die verstaatlichten Unternehmen 'ohnehin nicht ins Handwerk pfuschen'. Eine Abdeckung der Verluste der Verstaatlichten aus Budgetmitteln lehnte Kreisky in einem Referat anlässlich einer Enquête der Verstaatlichten Industrie ab."

Weiters stellte Dr. Kreisky im "Extrablatt" vom Mai 1978 folgendes wörtlich fest: "Die Verstaatlichte beschäftigt alle Leute - und macht gigantische Verluste. Das kann man ein, zwei Jahre lang machen, aber dann ist Schluß. Die Verluste kann ja niemand decken, und wenn sie der Staat deckt, so kann er das nur ganz kurz machen. Das ist die Problematik."

Der sozialistische Generaldirektor der ÖIAG, Dr. Grünwald, schließlich riet in der "ZiB 1" vom 3. 1. 1979 einem Teil der Mitarbeiter des VEW-Betriebes in Judenburg, das seiner Meinung nach stillzulegen wäre, täglich über 100 Kilometer nach Kapfenberg zu pendeln, obwohl auch dort offenbar nicht genügend Arbeitsplätze vorhanden sind.

Es ist nicht verwunderlich, wenn in diesem Zusammenhang ein Betriebsrat laut "Kleine Zeitung" vom 12. 12. 1978 feststellte: "Es sei ein Hohn, wenn man die Region Aichfeld-Murboden als ein Muster für Österreich hinstelle, wenn nun nach Fohnsdorf auch Judenburg gesperrt werden soll."

Seit Jahren treten bei den Betrieben der Stahlindustrie Strukturprobleme zutage. Anstatt jedoch eine Lösung dafür zu suchen, begnügte sich die sozialistische Bundesregierung mit Alibiaktionen und setzte lediglich optische Rechtsakte.

- 5 -

Erst nachdem alle Reserven bei der VEW aufgebraucht sind und nachdem sich sowohl in Österreich als auch in den europäischen Nachbarstaaten die Beschäftigungslage verschlechtert hat, möchte die sozialistische Bundesregierung nunmehr ihre strukturpolitischen Versäumnisse schlecht vorbereitet und mit untauglichen Mitteln zu Lasten der Arbeitnehmer nachholen.

Am 10. 1. 1979 hat die Bundesregierung zwar im sogenannten "2. Strukturprogramm" Maßnahmen zur Strukturbereinigung im Edelstahlbereich beschlossen, wonach vorgesehen ist, "unter bestimmten Voraussetzungen für Investitionen der Edelstahlindustrie über einen Zeitraum von 5 Jahren jährlich 200 Mio S bereitzustellen".

Die Sozialisten haben allerdings schon einmal in einem Wahlkampf (vor den letzten oberösterreichischen Landtagswahlen) der Stahlindustrie Versprechungen gemacht, die sie bis heute nicht eingelöst haben. So versprach Bundeskanzler Dr. Kreisky damals der zusammengefaßten Stahlindustrie, die seinerzeit zur Bereinigung der Produktionsstruktur als erforderlich angesehenen Eigenmittel von 2 Mrd. S bereitstellen zu lassen. Man mußte damals annehmen, der Bund würde diese Mittel aus dem Budget zu führen. Statt dessen wurde die Verstaatlichte Industrie angewiesen, auch diese Mittel im Wege der Verschuldung aufzubringen.

Dieses uneingelöste Versprechen ist eine weitere entscheidende Ursache für die viel zu späte Strukturbereinigung, von der nun in erster Linie Judenburg betroffen ist, die aber noch andere Werke im Stahlbereich treffen könnte.

Da die Belegschaften der Stahlunternehmen und die Öffentlichkeit schon einmal von der sozialistischen Bundesregierung getäuscht

6 -

wurden, muß klargestellt werden, an welche "bestimmten Voraussetzungen" die oben zitierten Mittel des "2. Strukturprogrammes" geknüpft werden sollen.

Schließlich hat der Bundeskanzler in einem Exklusivinterview mit der "Neuen Zeit" vom 5. Jänner 1979 für Judenburg ein Drei-Punkte-Programm - ohne jedoch eine Präzisierung vorzunehmen - angekündigt, und zwar:

- Strukturreform innerhalb des VEW-Konzerns
- Neuansiedlung von Betrieben
- Sozialmaßnahmen.

Besonders aktuell ist dabei die Frage der Finanzierung, da der damalige Staatssekretär Dr. Veselsky laut "Kronenzeitung" vom 6. 8. 1977 wörtlich festgestellt hat: "Aus dem Budget ist ja nichts mehr zu holen - aus nichts wird nichts."

Über die sozialistische Wirtschaftspolitik und deren Wirksamkeit für die Sicherung der Vollbeschäftigung gibt neben der Situation einzelner Betriebe der Verstaatlichten Industrie auch Dr. Veselsky ein vernichtendes Urteil ab. Im "Spiegel" vom 5. 9. 1977 heißt es wörtlich: "Österreich hat durch sein Gasgeben und durch seine hohen Importe", so Kreisky-Staatssekretär Veselsky, "viele tausend deutsche Arbeitsplätze erhalten".

Aus all diesen Gründen richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler folgende

Anfrage:

1. Seit wann ist Ihnen die kritische wirtschaftliche Situation der VEW bekannt?

- 7 -

2. Warum haben Sie es trotz der mehrjährigen Verluste der VEW verabsäumt, rechtzeitig strukturpolitische Maßnahmen hinsichtlich der Edelstahlindustrie zu ergreifen, die Sie nunmehr wenige Monate vor den nächsten Nationalratswahlen und vor Ablauf Ihrer Amtszeit ankündigen?
3. Welche konkreten Maßnahmen werden Sie unter dem Titel "Strukturreform innerhalb des VEW-Konzerns" in der Ihnen noch verbleibenden Amtszeit in die Wege leiten bzw. veranlassen?
4. Welche konkreten Zusagen für eine Neuansiedlung von Betrieben im Raume Judenburg haben Sie bisher erhalten?
5. An welche weiteren "Voraussetzungen" als an die Verwendung für Investitionen wollen Sie die Bereitstellung der ersten 200 Mio S noch binden?
6. Deckt sich Ihre Auffassung als der für die Verstaatlichte Industrie zuständige Ressortchef mit der des sozialistischen Generaldirektors der ÖIAG, wonach das Stahl- und das Walzwerk der VEW in Judenburg stillgelegt werden sollte und die dadurch freigesetzten Arbeitnehmer täglich mehr als 100 km nach Kapfenberg pendeln sollten?

Gemäß § 93 der Geschäftsordnung des Nationalrates wird beantragt, diese Anfrage als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.